

**No way to treat a child**

**OFFENER BRIEF an Bundesminister des Auswärtigen  
Herrn  
Heiko Maas**

DCI-Palästine: **No way to treat a child**

09..06.2018 / 12.06.2018

Sehr geehrter Herr Minister,

solche Bilder wie das als ANLAGE beigelegt sind regelmäßig und viel zu häufig aus dem besetzten Westjordanland zu sehen. Hier brechen sich die Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit über die seit 51 Jahren anhaltende israelische Besatzung und ihre Unterdrückungsmechanismen immer wieder Bahn. Die Folgen – oder sind es gar Mitursachen, die sich logischerweise mischen? - sind für beide Seiten katastrophal!

I.

**Ungerechte Behandlung** führt zwangsläufig, je länger sie andauert und je intensiver sie ausgeübt wird, zu Widerstand und irgendwann auch zu Gewaltreaktionen und zu neuem Unrecht. Zu dieser Erkenntnis bedarf es weder eines politischen noch psychologischen Studiums. Die Spirale von Angst und Gewalt auf beiden Seiten ist ohne Verzicht auf angeblich unverzichtbare Positionen nicht zu stoppen.

Sie verfügen in Ihrem Haus über hinreichende Informationen, sodass meine beispielhaften Aufzählungen nicht Ihrer Information oder gar Belehrung, sondern nur meinen Argumenten zur Untermauerung dienen sollen.

**Administrativhaft** (auch als Verwaltungshaft oder Internierung bekannt und bedeutet ungewiss lange und jederzeit verlängerbare **Haft ohne Anklage** und damit ohne Aussicht auf ein ordentliches Gerichtsverfahren) ist ein gefürchtetes Mittel der Besatzungsmacht, die manchen einer Straftat gegen Israelis beschuldigen oder auch nur verdächtigten Palästinenser, insbesondere Kindern und Jugendlichen angesichts brutaler menschenrechtswidriger Verhörmethoden Geständnisse auch für nicht begangene Taten abringt. – Ist ein Kind geständig, kommt es nicht in A.haft, sondern in Haft aufgrund einer Straftat. Damit aber ist eine Verurteilung auch in Wirklichkeit Unschuldiger sichergestellt. U.a. **DCI** (Defence for Children International), **medico international** und **Amnesty International** berichten regelmäßig darüber, auch dass fast 30 % der vernommenen Kinder Dokumente auf Hebräisch zum Unterschreiben vorgelegt werden, obwohl sie diese Sprache nicht lesen können.

A.haft ist nach internationalem Recht (Genfer Abkommen IV) zwar **in Ausnahmefällen** nämlich im Fall konkreter, anderweitig nicht abwendbarer Bedrohung des Staates erlaubt, wurde jedoch zur von der Knesset seit über 22 Jahren jährlich erneut abgesegneter **Regel** – also einem begrifflich schon unmöglichen **andauernden Ausnahmezustand** – und gegenüber Palästinensern, auch Kindern, gängige Praxis seit Jahrzehnten. Wiederholt stellte der **Menschenrechtsausschuss der UN** (u.a. 1998 und 2003) fest, dass die Anwendung der Administrativhaft durch Israel über den Umfang, den die Lage unbedingt erfordere, jedoch hinausgehe. Daher forderte der Ausschuss bereits 2010, Israel solle die **Anwendung der A.haft unterlassen**, insbesondere gegenüber Kindern (zum Schutz vor willkürlicher Haft und zur Wahrung der Prinzipien eines fairen Gerichtsverfahrens).

**Strafmündigkeit** ab 12 Jahren für Palästinenser nach **Militärrecht**, während z.B. Kinder der (nach Völkerrecht illegalen) israelischen Siedler nach dem für Israel geltenden Rechtssystem (**Zivilrecht**) erst ab 14 Jahren als strafmündig gelten, ist einer der gravierenden Unterschiede zwischen den für Palästinenser und Israel geltenden Rechtssystemen in den besetzten Gebieten.

Während Kinder der Siedler, ebenso wie auch erwachsene Siedler zahlreiche ungesühnte Straftaten gegen Palästinenser begehen, werden – auch nur geringfügige – Übergriffe seitens der Palästinenser gegen Siedler, und seien es Notwehrhandlungen, hart verfolgt.

**Isolation junger Verdächtiger und Beschuldigter**, die lange ohne elterlichen Besuch und oft zunächst bis zum Prozesstermin ohne anwaltlichen Beistand bleiben, fehlende Dolmetscher bei der Vernehmung bzw. ohne Übersetzung unterzeichnete Protokolle (s.o.) und die häufig unter rechtswidrigem Druck (u.a. Einsatz von Folter gleichkommender körperlicher Gewalt und Drohung mit körperlicher Gewalt, Schlägen, psychischer Folter, Drohung mit der Zerstörung der elterlichen Häuser) zustande kommende **Unterzeichnung fragwürdiger Geständnisse**, welche zu (einem Ablasshandel gleichkommenden) Urteilen mit langen Haft- und hohen Geldstrafen führen, ... **solche Fälle sind zu Hunderten bekannt**. Zahlreiche Verstöße gegen die UN-Kinderrechtskonvention, u.a. durch unangemessene Haftverlängerungen bis zum Urteil, sind dokumentiert, führen jedoch in der Regel nicht zu Konsequenzen.

> (korrigierte Version des Absatzes, 12.06.2018)

Während gemäß der **UN-Kinderrechtskonvention** (General Comment No. 10, 2007) ein Kind, falls eine bedingte Freilassung nicht tunlich ist, binnen nur **30 Tagen nach Beginn der U-Haft angeklagt und vor Gericht gestellt werden sollte**, vergehen bei palästinensischen Kindern manchmal **bis zu zwei Jahren, ehe ein Urteil gefällt wird**. Über **israelische Kinder** muss dagegen ein Urteil binnen **sechs Monaten** nach Anklageerhebung erfolgen. Fazit: Eine bis zu 18 Monaten längere U-Haft droht also Kindern, die das Pech haben, der „falschen“ Bevölkerungsgruppe anzugehören!

<

Zwei **verschiedene Rechtssysteme also auf demselben Gebiet** für zwei verschiedene Bevölkerungsgruppen (**Zivilrecht für Israelis / Militärrecht für**

**Palästinenser** – wer kann das als Betroffener als gerecht empfinden und welcher Außenstehende soll das logisch nachvollziehen?) sind nur eines der vielen Indizien für ein tatsächlich **praktiziertes Apartheidssystem**, das regelmäßig von der UN als **unvereinbar mit der Allgemeinen (Universellen) Deklaration der Menschenrechte** gerügt wird.

## II.

Wie würde ein deutscher Landwirt reagieren, wenn sein Vieh von Weideplätzen vertrieben, vom Wasser abgeschnitten und gar getötet würde, seine Anbauflächen zerstört, sein Obstbäume vernichtet würden, ... und dies alles zu Gunsten von oder gar direkt durch Nachbarn, die sich illegal in seiner Umgebung, zum Teil auf seinen zerstörten Anbauflächen oder auf dem Boden der Dörfer seiner früheren Nachbarn und Freunde „eingenistet“ haben! – Er würde natürlich nach Polizei rufen. Und wie würde er handeln, wenn diese ganz sicher nicht kommt? Zumindest doch mit Notwehr oder irgendwann mit aus ohnmächtiger Verzweiflung resultierender Rache?

Zugunsten bedrohter oder angegriffener Palästinenser greifen Besatzungssoldaten grundsätzlich nicht ein, denn sie sind ja „nur“ zum Schutz der (illegalen) Siedler „anwesend“.

Doch nicht nur auf frischer Tat erappte Steine werfende palästinensische Kinder werden auf martialische, brutale und traumatisierende Weise (s. Foto) festgenommen und einem Militärgerichtsbarkeitsprozess unterworfen, der rechtsstaatlichen Prinzipien zum Teil krass zuwiderläuft. Auch Frauen, die lediglich verbal protestieren, werden mit Gewehren brutal ins Gesicht geschlagen und / oder niedergetreten. .... (Bild - und Videodokumente existieren in den Medien.) Vermeidbare Tötungen und schwerste Verletzungen durch maßlosen unangemesseneren Waffengebrauch tun ihr Übriges, um Ohnmachtsgefühle der Gedeemütigten in Wut umschlagen zu lassen.

Ich frage mich nicht allein: Ist dies gar Absicht, um Vorwand für (nach unserer Rechtsauffassung strafbare) **provozierte „Notwehrhandlungen“ der Besatzer** zu schaffen?

## III.

**Jeder Verletzte und jeder Toter, gleich auf welcher Seite, ist einer zu viel** und ist zu beweinen, gleich, ob er eine palästinensische oder israelische Mutter hat. Aber es darf keine unterschiedliche Wertung von israelischem und palästinensischem Leben geben!

Doch unsere israelischen Freunde, mit denen wir angeblich nach Ihrer wiederholt geäußerten Meinung „gemeinsame Werte“ (dies könnten doch nur ethische und rechtsstaatliche sein!?) teilen, ignorieren seit Jahren bewusst und stolz, zum Teil höhnisch, sowohl die einschlägigen zahlreichen UN-Resolutionen als auch sanfte (nachhaltige?) Ermahnungen aus Deutschland sowie die um vieles mutigere Kritik aus anderen EU-Staaten, die sich gegen israelisches staatliches Unrecht wenden.

Sie, unsere Freunde, fordern jedoch umgekehrt den vollen Schutz der Weltgemeinschaft vor ihren Gegnern. Sie sollten sich schlicht und einfach an den auch für sie gültigen Regeln der **Allgemeinen (Universellen) Deklaration der Menschenrechte** vom 10. Dezember 1948 orientieren. Dann wäre vieles einfacher,

weil nur eine **gemeinsame Grundlage von Werten** Basis für eine Verständigung sein kann.

#### IV.

Warum sprechen Sie und unsere weiteren politisch Verantwortlichen nicht energischer mit unseren israelischen Freunden, um offensichtliches krasses Unrecht abzumildern und dadurch eine immer kleiner werdende Chance auf ein lebensfähiges Miteinander zwischen Israelis und Palästinensern zu wahren und eine drohende unbeherrschbare Eskalation und Explosion der Gewalt im Nahen Osten zu verhindern? - **Wenn mein Freund Unrecht begeht, darf und muss ich es ihm sagen, schon um ihn vor gefährlichen Weiterungen zu bewahren, aber auch, weil ich mich anderenfalls zumindest moralisch mitschuldig mache.**

Niemand, kein Volk, hält solche Jahrzehnte währende Unterdrückung aus, ohne entweder zu resignieren und unterzugehen oder irgendwann verzweifelt zu kämpfen. Haben nicht auch die Gründer des Staates Israel Gewalt angewandt, u.a. auch terroristische Gewalt, gegen die britische Protektormacht, weil sie sich ein freies Leben erkämpfen wollten? Haben nicht verzweifelte Ghettobewohner u.a. in Warschau zu Recht Gewalt zur Selbstverteidigung gegen ihre Unterdrücker und Vernichter angewandt?

#### V.

**Frieden**, noch weniger ein menschenwürdiges **gedeihliches Mit- oder Nebeneinander**, kann nicht entstehen, wenn die Würde des Nachbarn immer wieder mit Füßen getreten wird. Die terroristischen Übergriffe gegen Israel, z.B. seitens der Hamas von Gaza aus und die Anschläge Einzelner in Israel sind selbstverständlich zu verurteilen. Aber diese glücklicherweise relativ seltenen und wenigen Opfer und Schäden verursachenden Angriffe sind doch lediglich verzweifelte Nadelstiche, nur (statistisch zu vernachlässigendes) „Geplänkel“ gegen eine militärische Übermacht, die bei ihren Strafaktionen eine zigfach höhere Opferzahl, vor allem unter überwiegend nicht gewalttätigen Zivilisten im Sommer 2014 in Gaza und nun seit Ende März 2018 bei den Protesten an der Grenze hinterlassen hat. – Dennoch sollten die Zahlen der Opfer prinzipiell nicht aufgerechnet werden, es sei denn, man wolle sie zählen, weil militärische und politische Führung bewusst mit der x-fachen Vergeltung für jedes israelische Opfer drohten.

Die israelische Regierung, niemand sonst – außer vielleicht ihre US- amerikanischen Unterstützer – hat es in der Hand, endlich die „Hand zu reichen“ zur Versöhnung und auf die ausgestreckten Hände versöhnungswilliger Kräfte der anderen Seite zuzugehen.

Dafür müssten zunächst einmal getroffene Abmachungen und Resolutionen anerkannt und eingehalten werden.

Die Aufrechnung gegenseitigen Fehlverhaltens und das Warten auf den ersten Schritt der anderen Seite sind einem Frieden nicht dienlich. Auch Härte führt nicht zum Frieden, allenfalls zur Friedhofsruhe.

Ich bete darum, dass die israelische politische und militärische Führung sich nicht von ihrer vielen nicht bekannten und lange geheim gehaltenen „**Samson-Doktrin**“ („-Option) leiten lässt!

Auch um die eigene Existenz nicht weiter zu gefährden, müssten die immer häufigeren, offensichtlich lediglich zur Zermürbung der palästinensischen Bevölkerung durchgeführten, meist nächtlichen brutalen Razzien der Besatzungsmacht, die Verwüstung von Wohnungen völlig Unschuldiger oder nur „Verdächtigter“, die Hauszerstörungen, Schulzerstörungen, Brunnenzerstörungen (auch solcher Brunnen, Solaranlagen und anderer Einrichtungen, die z.T. mit EU-Mitteln gebaut wurden), die Zerstörung von Gärten und Ländereien, willkürliche Beschlagnahmung und Enteignung palästinensischen Grund und Bodens aufhören, so wie die 51-jährige Besatzung selbst endlich beendet werden muss.

Denn solange die wirtschaftlichen und sozialen Lebensgrundlagen der palästinensischen Bevölkerung zielgerichtet bis zur Unerträglichkeit eingeschränkt werden, Wasser grob ungerecht verteilt wird, eine Isolation schaffende und Mobilität unterbindende Mauer weitergebaut wird, an deren teils menschenunwürdigen Checkpoints Menschen täglich ihre kostbare Lebenszeit vergeuden und manche Dauerschäden erleiden oder, auch Schwangere, sterben, weil sie trotz dringender medizinischer Versorgungsbedürftigkeit stundenlang, zu lange warten müssen,

- die Liste der Schikanen wäre nahezu endlos fortzusetzen –

können auch Israelis nicht zur Ruhe kommen und sind in ihrer Existenz bedroht, weil sie Hass schüren und langfristig Gefahr laufen, dass ihre arabischen Gegner sich einig werden könnten.

Dies haben mehrere einsichtige ehemalige Geheimdienstchefs, z.B. Yuval Diskin, und ehemalige hohe Militärangehörige erkannt und mahnen vergeblich. Sie werden leider immer weniger gehört.

**Umso wichtiger sind mahrende Stimmen, Moderation und Mediation von außen.**

Mit freundlichen Grüßen

Wolfgang Pfannekuch